

# Dresdener Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

## Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen 'Nach der Arbeit' und 'Voll und Zeit' für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schreibzeitung: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Mellemzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 179

Dresden, Sonnabend den 2. August 1924

35. Jahrg.

## Für die Verständigung

Von Louis Vivarad, Mitglied der belgischen Kammer

Genosse Louis Vivarad, sozialistisches Mitglied der belgischen Kammer und Redakteur unseres Brüsselers 'Travailleur', erfreute die Besucher der Dresdener Jambée-Feier am Donnerstag durch eine kurze Ansprache zu Ehren Jambées. Wir haben den Genossen, der sich auf der Durchreise in Dresden aufhielt, um eine Neuerung über die gegenwärtige Situation geboten. Er ist unermüdlich mit den folgenden Betrachtungen nachgegangen, die uns besonders deshalb wichtig erscheinen, weil sie die für Deutschland geradezu katastrophale Wirkung der reaktionären Umtriebe kennzeichnen.

Man sieht mich, in einer deutschen sozialistischen Zeitung von den letzten Ereignissen der internationalen politischen Situation zu sprechen, und von der Art und Weise, in der die belgischen Sozialisten die Entwicklung in Deutschland im Laufe der letzten Monate beurteilen. Ich will ganz offen sprechen.

Man hatte in Frankreich und in Belgien einen besorgniserregenden Eindruck einer gewissen nationalistischen Agitation, die sich auf einer Seite des Rheines entfaltete, und zwar gerade in dem Augenblick, da die Labour-Partei in England an die Regierung gelangte und da in Frankreich ein für jeden aufmerksamen Blick sichtbarer Rückgang nach links bemerkbar war, der die siegreichen Wahlen des 11. Mai vorbereitete. In dem Augenblick auch, da die belgische Regierung unter dem Einfluß der Arbeiterpartei mehr und mehr die Tendenz zu einer verächtlichen Politik in der Frage der Reparationen an den Tag legte. Wir erhoben keine Vorwürfe. Wir glauben sogar, daß die Welle der nationalistischen Reaktion in Deutschland eine Folge der Ruhrbesetzung war, die wir von Anfang an bekämpft haben. Wir wissen auch, daß die ökonomische Krise, die Sand in Sand geht mit der Währungs-katastrophe, während einiger Zeit die Aktion der Arbeiterorganisationen in der deutschen Sozialdemokratie gelähmt hat.

Aber trotzdem... man muß dennoch auf dieser Seite des Rheines wissen, welche bedauerlichen Eindrücke Ereignisse in Belgien und in Frankreich hervorgerufen haben, selbst unter denjenigen, die mit größtem Eifer an einer Politik der Annäherung und der Versöhnung arbeiten. Ich denke an die Rückkehr des Kronprinzen, an den Putz von München, an den Freispruch Ludendorffs, an die Verhaftung von Passifanten, wie Professor Quiddé, an die Verfolgung Helmuth von Gerlach's, an die friegerischen Manifestationen, die sich immer mehr häufen und bei denen die Reichswehr nicht immer fehlt. Sie können sich nicht vorstellen, bis zu welchem Punkte solche Zwischenfälle unter der Befriedung...

Aufgabe erschweren. Unsere ganze nationalistische Presse in Belgien und in Frankreich bedient sich ihrer gegen uns. Man erklärt uns, daß es in Deutschland keinen republikanischen Geist gäbe und daß die ganze deutsche Nation nur an die Nebanche denke.

Wir wollen nicht glauben, daß die Arbeiterklasse, die so tapfer in einigen Stunden Kapp und v. Lüttich wegeseigt hat, bereit sein könnte, einigen Abenteurern das Feld zu überlassen, denjenigen, die unser großer Meister Anatole France 'Trubillons' (ein Name, den er in der Epoche der Dreyfußaffäre den Nationalisten gab) nennen würde. Wir nehmen an, daß die deutsche Arbeiterklasse und die deutsche Demokratie ebenso sehnsüchtig wie wir das Gelingen der Londoner Konferenz wünschen. Die belgischen Sozialisten ebenso wie unsere französischen Kameraden und alle Sozialisten, die die Resolution von Frankfurt zelebrierten, haben immer wiederholt, daß man von Deutschland nicht mehr verlangen dürfe, als die Wiedergutmachung der materiellen Schäden, die in den besetzten Gebieten Nordfrankreichs und Belgiens angerichtet worden sind. Das war ja auch in dem Waffenstillstandsabkommen gesagt. Diese Verwüstungen waren furchtbar. Gewiß, einige unter ihnen waren aus freiem Entschluß, ohne militärische Notwendigkeit, wie z. B. hinter der Hindenburg-Linie herborgerufen, wo die Räume in den Weinbergen abgebrannt wurden, wo in gewissen Gütenwerken die Einrichtungen durch Dynamit zerstört wurden; wie groß aber auch diese Zerstörungen sein mögen, sie können wieder gutgemacht werden durch eine Summe, die ungefähr dem gleichkommt, was die Sachverständigen fordern und die man auf ungefähr 38 Milliarden Goldmark schätzen kann (wir sind weit entfernt von den 132 Milliarden der Londoner Konferenz — Mai 1921 — und selbst der 100 Milliarden, die Herr v. Brodorski-Kanzau in Versailles angeboten hat).

Wir nehmen an, daß Deutschland diese 38 Milliarden zahlen kann, ohne daß seine Wirtschaft dadurch über das erträgliche Maß hinaus leidet. Beachten Sie die Summe der öffentlichen Schulden in Frankreich und in Belgien, beachten Sie, was die Steuerpflichtigen in England, Belgien und Frankreich bezahlen müssen, und nun vergleichen Sie, was deutsche Steuerzahler entrichtet.

Die Fragen der Entlohnung und der Sicherheit aber müssen ihre Lösung im Rahmen eines wahrhaften Völkerverbundes, dem auch Deutschland angehören müßte, finden.

Die Sozialisten aller Länder müssen gemeinsam arbeiten an einem Werk der Gerechtigkeit, der Vernunft und der Befriedung.

## Zehn Jahre Weltkrieg

V. Noch 6 Jahre. — Friedenshoffnung.

sch. Der intellektuellen Bemühung des Einzelnen mochte im letzten Jahrzehnt die Weltpolitik als allein wichtig erscheinen. Was konnte denn in dieser Zeit Entscheidendes geschehen, das nicht von außen her zufällig gemacht werden konnte? Was, das nicht von vornherein mit Hinblick auf die Weltlage angelegt war? Nichts!

Und doch ist die große Umwälzung von 1918 geschehen und gemacht worden, und kein Teilnehmer hat gefragt, was die Weltpolitik und die Großen der Großstaaten dazu sagten. Die Völker, im Gegenteil zu den Einzelnen, denken nicht intellektuell. Sie denken triebmäßig, und ihr Wirken — selten genug tritt es hervor — gleicht dem der Naturkräfte, der Blut der Ueberflutung, dem Hagelsturm, dem Gewitter. So ist die deutsche Umwälzung gekommen aus tiefstem Naturtrieb, und die Welt, die Politik hat sie hingenommen und in ihre Rechnung gestellt.

Nicht aber hatte die Revolution die Weltpolitik in ihre Rechnung — sie hatte gar keine Rechnung! — eingestellt. Weltpolitische Geschehen hatte ihr den Boden bereitet. Ludendorffs falscher Verzweiflungs- und Zusammenbruchschritt: Waffenstillstandsverhandlungen, das an Stelle des notwendigen Friedensangebotes ohne Waffenstillstand hinausging, dieses Kardinalverbrechen an Deutschland, hatte ihr plötzlich Bewegungsfreiheit und Chancen gegeben. Aber vom 9. November an auf Wochen hinaus trat alle Weltpolitik, obwohl da der graufige Waffenstillstand geschlossen und der noch graufigere Friede erörtert wurde, zurück.

'Friede'? Das Wort darf nicht fallen, wenn der Vorkrieg und das Dokument von Versailles gemeint ist. Man hat den Krieg die Fortsetzung des Friedens mit andern Mitteln genannt. Die Zeit seit 1919 war in Mitteleuropa die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln, und nicht einmal eine mit andern Mitteln. Wir begehen jetzt das Ende des zehnten Kriegesjahres!

Während das Bürgertum gebuddelt und sozial 'opferwillig' wartete, hat das Proletariat seine Herrschaftszeit nicht ausgenutzt. Der entscheidende verfassungsrechtliche Schritt war geschehen. Die ein Jahr vorher noch kaum ausdenkbaren sozialen Fortschritte wurden rasch vollzogen; das verstanden die gewerkschaftlich erfahrenen Führer. Eine Verwirklichung sozialistischer Ideale kam nicht. Statt dessen erlebten wir den Spartakistenkrieg, die Freiheitskämpfe im Osten, die verhängnisvolle Moskauer Errichtung der Reichswehr aus Bestandteilen des alten Heeres und mit 'alterproben' Führern, das heißt, die Restitution der preussischen Generalität, die Räterepublik-Veruche politischer Kinder, Täuslinge, Karren, Phantasten und Verbrecher, endlich die Weimarer Verfassungskämpfe — Kämpfe, denn das Bürgertum hatte nun Gelegenheit gehabt, sich wieder zu regen und zu streifen.

Von Monat zu Monat aber verdunkelte sich zusehends der Himmel, der im Bewußtsein der Massen im November so hell geworden war: Krieg und Weltpolitik mochten sich gelteb. Vor allem kam endlich die finanzielle Rechnung ans Licht. Der Krieg, wie er politisch mit Lug und Trug gemacht war, war auch mit dem verlogenen Finanzsystem von allen 'bezahlt' worden; das heißt: er war nicht bezahlt. Man hatte die Substanz der Wirtschaft angebraut, und das übrige hatte man hinter den Scheinoperationen der 'Anleihen' Gott überlassen. Am trotz der Substanzverlust hervor, fand endlich in dem Valutaichwund seinen ersten Ausdruck und in den ungeheuren Bierkäufen durch das 'Loch im Westen' seinen zweiten. Es ist heute beliebt, alles Elend auf das Geschnitz von Versailles zurückzuführen — eine frische nationalistische Lüge! Der Kern des Elends ist der Krieg! Die vierjährige, finstere Aufzehrung von Menschkraft, Wertstoff, industrieller Apparatur und arbeitsfähiger Erfraktion, die uns rein als solche schon arm gemacht hat! Dies alles war schon mit Sünden zu preisen, als die Versailleser Akte unterzeichnet werden mußte, welche die Fortführung des Krieges besiegelte.

In der Tat war den Tagen von Versailles ein regelrechter Kampf aus Krieg oder Frieden vorangegangen. Ein Teil der Menschheit — die Partei Wilsons in Paris — hatte begriffen, daß der Tunus von 'Frieden', wie er vor 1914 geherricht hatte, diese bewaffnete zwischenstaatliche Anarchie, in Wahrheit klandestiner Krieg bedeutete. Und sie wußte zwar nicht den vollen Frieden, denn das kann nur der soziale und wirtschaftliche Friede sein, aber doch den echten politischen Frieden, garantiert durch Völkerverbund und ein System von Verträgen. Sie hat ehrlich und leidenschaftlich, obwohl nicht übermäßig diplomatisch-geschickt darum gekämpft. Sie ist unterlegen; und das war die Frucht von Ludendorffs Schuld! Man hat das in Deutschland noch immer nicht begriffen, und doch ist es von entscheidendem Gewicht: kein anderer als der amütendste aller untrier Generale hat Versailles auf dem Gewissen, derselbe Mann, der sich vor Gericht in grenzenlosem Hochmut seines 'Kampfes mit dem deutschen Volk' rühmte, seinen verlorenen Kampf für das deutsche Volk aber vergaß wie alle echten Spieler ihre Verluste vergessen, und heute statt im tiefsten Dunkel von Scham und Reue seinem verwirklichten Leben ein Ende zu machen, das dummdrollige Haupt im Reichstag der Republik hängen trägt. Denn woran ist Wilson praktisch gescheitert? daran, daß die französische Armee 1918/19 die einzige wirkliche Macht Europas war, da die englische und die amerikanische ihr naturgemäß nicht gegen-

\* Vergl. die Artikel 'Zehn Jahre Krieg' in Nr. 174, 176, 178 und 178 der Dresdener Volkszeitung.

## Die Einladung Deutschlands

S. London, 1. August. (Fig. Draht.) Offiziell wird mitgeteilt: Die Konferenz hat am Freitag weitere Fortschritte gemacht. Der dritte Ausschuss, der sich mit demjenigen Teil des französischen Vorschlages zu beschäftigen hat, der die Ausdehnung des Schiedsgerichtsverfahrens auf die Sachleistungen vorsticht, ist nahezu am Ende einer Lösung der sehr schwierigen Aufgaben angelangt. Es wird kaum noch ernsthaft bezweifelt, daß dieser Ausschuss zu einer Vereinbarung gelangen wird, und sein Bericht am Sonnabend vormittag der Plenarsitzung vorgelegt werden kann. Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, daß die formelle Einladung an die deutsche Regierung im Laufe des Sonnabends nach Berlin telegraphisch übermittelt werden wird.

Am Freitag nachmittag trafen sämtliche Mitglieder der britischen Delegation, d. h. einschließlich der Vertreter der Dominions zusammen, um die bisherigen Arbeiten der Konferenz einer Prüfung zu unterziehen.

## Sozialistische Verständigung Paris-London

P. Paris, 1. August. (Fig. Draht.) Die Sozialistische Partei hat am Freitag beschlossen, eine Abordnung nach London zu entsenden, um mit der englischen Arbeiterpartei sich über alle mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen zu verständigen. Die Abordnung, der u. a. die Abgeordneten Leon Blum sowie die Genossen Grumbach und Jean Longuet angehören, wird bereits am Sonnabend nach London reisen.

## Vertagung des französischen Parlaments

P. Paris, 1. August. (Fig. Draht.) Die Kammer hat sich am Freitag auf unbestimmte Zeit vertagt. Die neue Sitzung wird erst stattfinden, sobald die Regierung in der Lage sein wird, dem Parlament das in London zustande gekommene Abkommen zu unterbreiten.

## Englands Konflikt mit Uster

S. London, 1. August. (Fig. Draht.) Im Unterhause gab der Staatssekretär für die Kolonien, J. D. Thomas, eine Erklärung über den neuen irischen Konflikt ab. Er hob hervor, daß die Weigerung der Unterregierung, eine Grenzschutzkommission zu ernennen, den ernsten Fall darstelle, so daß die englische Regierung neue gesetzgeberische Maßnahmen vorschlagen müßte. Es sei nicht nur die Ehre der Regierung, sondern die Ehre Großbritanniens, die auf dem Spiel stehe. Er sei bereit, jeden denkbaren Schritt zu unternehmen, um die Lösung dieses Konflikts zu erleichtern und habe deshalb den Präsidenten des Reichsrates Irland und den Präsidenten von Nordirland sowie die Ministerpräsidenten beider Länder zu einer Konferenz nach London geladen. Er werde mit der Übermittlung der gesetzlichen Vorlagen an das Parlament bis zur Abhaltung dieser Konferenz warten. Wenn jedoch diese Ansprache ergebnislos verlaufe, würde er bestimmt noch vor der Vertagung des Parlaments eine Vorlage einbringen. Lord George erklärte darauf, die Regierung würde auf die Unterstützung der Liberalen rechnen können, wenn es gelte, die Ehrverpflichtungen Englands zu erfüllen.

S. London, 1. August. (Fig. Draht.) Der Präsident des Reichsrates Irland, Cosgrave, ist am Freitag abend in London eingetroffen. Er erklärte, daß der Reichsrat Irland jede Verantwortung für die Folgen ablehnen müßte, die sich aus der Nichterfüllung des Friedensvertrages ergeben würden. Die Lage im Reichsrat gäbe als sehr ernst, zumal der Führer der irischen Arbeiterpartei, John Dillon, der bisher entschieden zugunsten des Friedensvertrages eingetreten war, in der Reichsratsitzung des irischen Parlaments eine Kündigung der Ratifizierung des Friedensvertrages beantragte, da der Friedensvertrag nicht eingehalten werde. Die Haltung der Konservativen dem Unterhause gegenüber im irischen Konflikt ist noch unklar. Ein Teil hat bereits während der Rede des Kolonialministers Thomas durch Zwischenrufe zu erkennen gegeben, daß er auf Seiten der Unterregierung stehe. Ein anderer Teil hingegen fürchtete sich vor einer Unterhausauflösung und vor Neuwahlen, die durch diesen Konflikt veranlaßt werden würden.

## Androhung der Parlamentsauflösung

London, 1. August. In der Besprechung der irischen Frage in Downingstreet sagte Macdonald weiter, sollte das Gesetz zur Regelung der Grenzfragen von einem der Häuser des Parlamentes abgelehnt werden, so werde die Regierung dem Könige den Rat geben, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen stattfinden zu lassen.